

V14 Wohnraum für alle

Gremium: LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum: 12.04.2024
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedenes

Antragstext

1 Wir alle wollen in einer Welt leben ohne Wohnungs- und Obdachlosigkeit! Als
2 GRÜNE in NRW unterstützen wir deshalb das ambitionierte Ziel von EU, Bundes- und
3 Landesregierung, diese bis 2030 zu überwinden. Hierzu bedarf es einer umgehenden
4 konzertierten Kraftanstrengung aller politischen Ebenen sowie neuer Ideen und
5 Konzepte, wie einem Rechtsanspruch auf menschenwürdiges Wohnen.

6 Zu einem nötigen Gesamtkonzept gehören auch effektivere Prävention, ein
7 Sozialrecht, das niemanden aufgrund der Herkunft ausschließt und eine bessere
8 Versorgung von psychisch und Suchterkrankten. Wir müssen die Kommunen befähigen,
9 den hierzu notwendigen bezahlbaren Wohnraum bereit zu stellen, Hilfsangebote
10 auszuweiten und menschenwürdiger zu gestalten. Dazu müssen wir Barrieren und
11 bürokratische Hürden abbauen, individuelle Bedarfe besser abdecken und
12 zusätzliche Fachkräfte mobilisieren. Bewährte Konzepte, wie u.a. Housing First,
13 gilt es flächendeckend in die Praxis umzusetzen. Hierzu wollen wir alle
14 finanziellen Spielräume im angespannten Landesetat ausnutzen.

15 Die bisherigen Bemühungen und Instrumente auf Landesebene wollen wir verstetigen
16 und in einem landesweiten Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit weiterentwickeln:
17 u.a. die intensive Wohnungsbauförderung, die Landesinitiative "Endlich ein
18 ZUHAUSE!", Projekte gegen den Wohnungsverlust, oder die Armutskonferenz.

19 Laut Integrierter Wohnungsnotfall-Berichterstattung waren 2022 im Land NRW
20 78.350 Menschen ohne eigene Wohnung, davon leben bis zu 1/3 zeitweise auf der
21 Straße, gelten also als obdachlos. Tendenz: steigend. Zudem ist von einer
22 Dunkelziffer auszugehen und manche Gruppen werden gar nicht erfasst.

23 Obdachlosigkeit ist eine der schwersten und tödlichsten Ausprägungen von Armut
24 und Wohnungslosigkeit. Das zeigen auch die brutalen Übergriffe in verschiedenen
25 NRW-Kommunen, die zuletzt zugenommen haben. Gewalt gegen Obdachlose ist
26 niederträchtig und menschenfeindlich. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht
27 hinnehmen und müssen unserer Schutzverpflichtung nachkommen.

28 Wohnungs- und Obdachlosigkeit betrifft inzwischen auch viele junge Menschen und
29 Familien. Sie hat diverse, oft verdeckte Formen, die gerade für Frauen oft mit
30 gefährlichen Abhängigkeiten einhergehen und sie wird bei Asylbewerber*innen
31 sogar gesetzlich erzwungen. Deswegen wenden wir uns gegen jede Form von
32 klischeehafter Darstellung, Stigmatisierung und offener Diskriminierung wie z.B.
33 durch defensive Architektur oder übermäßig restriktive Stadtordnungen.
34 Verdrängung ist keine Lösung!

35 Dieser Antrag legt den Schwerpunkt auf landesgesetzlich umsetzbare Punkte und
36 die bessere Unterstützung und Vernetzung der Kommunen.

37 Strukturelle Fragen

38 Um Wohnungslosigkeit zu überwinden, brauchen wir ein grundsätzliches Umdenken,
39 das wohnungslose Menschen nicht als Gefahr für die Gesellschaft, sondern als
40 Menschen mit gleichen Rechten und gleicher Würde behandelt. Und wir müssen das
41 rassistische Zwei-Klassen-System von deutschen und nicht-deutschen Wohnungslosen
42 überwinden, das einer echten Lösung im Wege steht. So wollen wir für flexiblere
43 Handlungsmöglichkeiten, mehr Rechtssicherheit für Verwaltungsangestellte und
44 eine menschenwürdige Behandlung aller Betroffenen sorgen. Dazu brauchen wir
45 deutlich mehr und leichter zugängliche Fördermittel, das dafür nötige - auch
46 fremdsprachlich geschulte - Fachpersonal sowie eine bessere Vernetzung von
47 Kommunen, Landschaftsverbänden, Land, Bund und Europäischer Union. Um das zu
48 erreichen fordern wir:

- 49 • ab 2030 einen Rechtsanspruch auf Wohnen
- 50 • Aufnahme von Wohnungs- und Obdachlosen als benachteiligte Gruppe im
51 künftigen Landes-Antidiskriminierungsgesetz
- 52 • die konsequente Umsetzung des Wohnraumstärkungsgesetzes und ein neues
53 Wohnungslosenhilfegesetz in NRW, das landesweite Mindeststandards
54 definiert
- 55 • die Kommunen zu vernetzen und unterstützen mit einer Beratungsstelle im
56 MAGS zur Beantragung von Fördergeldern sowie einer Online-Plattform mit
57 Orientierungshilfen anhand von Best Practices-Beispielen
- 58 • mehr Integrationsangebote für EU-Bürger*innen und einen alternativen
59 Finanzierungsweg für Kommunen, die freiwillig dauerhafte Unterbringungen
60 bieten, in Kooperation von Bund, Land und EU

61 Prävention

62 Jede*r neue Wohnungslose ist nicht nur eine persönliche Tragödie, sondern eine
63 langfristige, kostenintensive Belastung unserer Sozialsysteme. Wer
64 Wohnungslosigkeit überwinden will, darf deshalb keine neue entstehen lassen, ob
65 aufgrund von Armut, psychischer Probleme oder fehlender Anschlussunterbringung.
66 Viele Fälle von Wohnungslosigkeit ließen sich vermeiden, wenn es eine
67 frühzeitigere Information der in einigen NRW-Kommunen bereits existierenden
68 Wohnungsfachstellen gäbe. Und wir wissen: Mit niedrigschwelligen Hilfsangeboten
69 und einer persönlichen Ansprache lässt sich mehr erreichen als mit mehrseitigen
70 Anschreiben und Antragsformularen in unverständlichem Behördendeutsch. Denn die

71 erreichen Betroffene oft gar nicht, weil diese aus Angst ihren Briefkasten nicht
72 leeren. Deshalb fordern wir:

- 73 • eine landesweite 24-Stunden-Notfallnummer bei drohendem Wohnraumverlust
74 und eine automatische Information der Kommune bei Räumungsklagen
- 75 • die konsequente Umsetzung des standardisierten Entlassmanagements aus
76 Strafvollzug, Psychiatrie und Krankenhäusern in NRW, das niemanden auf die
77 Straße setzt, wo notwendig auch durch gesetzliche Verschärfungen
- 78 • die Übernahme von Mietschulden auf Darlehensbasis mit Unterstützung
79 finanzschwacher Kommunen und stärkere Nutzung der (freiwilligen)
80 Beschlagnahme mit Wiedereinweisung in die Wohnung

81 Wohnraum

82 Wohnungslosigkeit lässt sich nur beenden, indem wir den Betroffenen Wohnraum
83 bieten, ohne dabei unnötige Hürden aufzubauen. Zum Beispiel mit dem bewährten
84 Housing First-Konzept statt bürokratischer Wohnbefähigungsprüfungen, die
85 Betroffene unter Generalverdacht stellen. Vorhandene, zum Wohnen geeignete
86 Räume, gilt es effektiver zu nutzen und für Wohnungslose verfügbar zu machen,
87 die aufgrund ihres Status, negativer Schufa-Einträge und nicht-vorhandener
88 Einkünfte keine realistische Chance auf dem regulären Wohnungsmarkt haben. Dazu
89 brauchen wir auch Mittler zwischen privaten Vermieter*innen und
90 Hilfsbedürftigen, die helfen, Berührungspunkte abzubauen und eine zusätzliche
91 Ebene der Absicherung schaffen. Die Armutskonkurrenz um bezahlbaren Wohnraum
92 wollen wir trotz aktuell ungünstiger Rahmenbedingungen mit einer gezielten
93 Wohnungsbau- und Sanierungsoffensive für NRW reduzieren. Nicht zuletzt ist die
94 konsequente Nutzung aller rechtlichen Spielräume zu Gunsten wohnungsloser
95 Menschen erforderlich. Deshalb fordern wir:

- 96 • digitalisierte und beschleunigte Bauverfahren, serielles Bauen und einen
97 Fokus auf Micro-Apartments
- 98 • die verbindliche Verankerung von „Wohnraum für Wohnungslose“ in der
99 Stadtplanung, stärkere Bekämpfung von Zweckentfremdung, einfachere
100 Zwischennutzung von Leerständen sowie erleichterte Umwandlung von
101 Büroflächen
- 102 • die Förderung Sozialer Wohnraumagenturen, den flächendeckenden und vom
103 Land, LVR und LWL bezuschussten Ausbau von Housing First-Projekten sowie
104 Clusterwohnungen für pflegebedürftige Wohnungslose
- 105 • attraktivere Landeszuschüsse für den Aufkauf von Belegungsrechten und
106 konsequente Nutzung von Besetzung-/Benennungsrechten, jeweils mit einer
107 Mindestquote für obdachlose Menschen

108 Hilfesystem

109 Dass Tausende versteckt und menschenunwürdig unter Brückenpfeilern leben, in
110 Zelten und anderen Behelfsbehausungen, oder in Hauseingängen, anstatt bestehende

111 Notschlafstellen zu nutzen, muss uns als Gesellschaft ein Warnsignal sein. Uns
 112 spornt es an zu einem modernen Hilfesystem, das bei Betroffenen auf Akzeptanz
 113 stößt und diesen auf Augenhöhe begegnet. Hierzu bedarf es mehr aufsuchende
 114 Sozialarbeit und höhere Standards bei Sicherheit, Privatsphäre und Wohnfläche,
 115 Vorsprechzeiten und Tagesaufenthalten. Individuelle Lebenslagen gilt es stärker
 116 zu berücksichtigen und Ausgrenzungen zu vermeiden. Zudem dürfen Notschlafstellen
 117 und Mehrbettzimmer in Beherbergungsbetrieben keine Dauerlösung sein. Deshalb
 118 fordern wir:

- 119 • eine schrittweise Sanierung von Notschlafstellen und Umwidmung in
 120 permanente Unterbringungen, mit Unterstützung finanzschwacher Kommunen
 121 durch Land & Landschaftsverbände
- 122 • dass jedem Hilfebedürftigen nach spätestens drei Monaten eine
 123 menschenwürdige Unterbringung, auf Wunsch zumindest in einem
 124 abschließbaren Einzelzimmer, angeboten wird
- 125 • dezentralere, (sprach)barrierefreie, zielgruppengerechte Angebote, ob von
 126 Frauen, Familien, Jugendlichen, LGBTQ, Menschen mit Behinderung oder
 127 Haustieren, ohne zu restriktive Hausordnungen

128 Gesundheit

129 Obdachlosigkeit ist vor allem auch eine tiefe Wunde in unserem
 130 Gesundheitssystem, das Betroffene durch rechtliche, psycho-soziale und
 131 organisatorische Barrieren ausgrenzt und diskriminiert sowie keine nachhaltige
 132 Behandlung zulässt. Ihre Lebenserwartung liegt aufgrund der vielfältigen
 133 Gefahren des Lebens auf der Straße bei nur 50 Jahren. Wer nicht schon genau
 134 deswegen seine Wohnung verliert, hat in der Folge oft mit psychischen und
 135 Suchtproblemen zu kämpfen. Die aktuellen Angebote reichen hierfür vorne und
 136 hinten nicht aus und sorgen für einen Drehtür-Effekt. Nur eine Abkehr von
 137 repressiver Drogenpolitik sowie garantierte Anschluss-Therapien und -
 138 unterbringungen können das Problem nachhaltig lösen. Deshalb fordern wir u.a.:

- 139 • den Zugang aller Betroffenen zur medizinischen Regelversorgung und
 140 weiteren Leistungen der Sozialgesetzbücher und die Einführung eines
 141 anonymen Krankenscheines
- 142 • eine angemessene Co-Finanzierung von spezialisierten, niedrigschwelligen
 143 Behandlungsangeboten für Wohnungslose durch das Land und die
 144 Kassenärztlichen Vereinigungen, inkl. aufsuchender Angebote
- 145 • einen bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer Einrichtungen und
 146 ausreichend niedrigschwellige, ergebnisoffene und auf Dauer angelegte
 147 Angebote für suchtkranke Obdachlose, wie z.B. Wohngruppen

148 Fazit

149 Wir GRÜNE in NRW klagen nicht über Obdachlose, sondern tun etwas konstruktiv
 150 gegen Wohnungslosigkeit. Wir reden nicht nur über Obdachlose, wir reden mit
 151 ihnen! Ebenso wie mit den hunderten engagierten Mitarbeiter*innen der

152 Wohnungslosenhilfe in NRW, die jeden Tag ihr Bestes geben. Die auch hieraus
153 entstandenen Forderungen wollen wir in jährlichen Fortschrittsberichten in Bezug
154 auf Umsetzung und Akzeptanz evaluieren und publizieren. In diesem Kontext wollen
155 wir den Kommunen ohne adäquate Refinanzierung keine zusätzlichen Pflichtaufgaben
156 übertragen.

157 Nur wenn alle politischen Ebenen, inklusive der Landschaftsverbände, eng
158 zusammenarbeiten, der Bundesgesetzgeber die nötige Flexibilisierung des
159 Sozialrechts vornimmt und die EU als Initiator der Zielvorgabe 2030 stärker in
160 die Verantwortung tritt, ist ein Erfolg realistisch. Wir in NRW leisten dazu,
161 was wir leisten können. Denn wir wollen Wohnungs- und Obdachlosigkeit wirklich
162 überwinden!

Begründung

Dieser Antrag ist in einem fast zweijährigen Prozess unter Einbeziehung von Betroffenen sowie haupt- wie auch ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen der Wohnungslosenhilfe und in enger Abstimmung mit der Landtagsfraktion entwickelt worden. Er greift ein brennendes Thema auf, das keinen Aufschub erlaubt und gibt fundierte GRÜNE Antworten auf dieses komplexe Problem.

Die inhaltliche Begründung erfolgt mündlich.

P.S. Wir beantworten als LAG Soziales auch vor der LDK gerne Rück- und Verständnisfragen: lag-soziales@gruene-nrw.de